

DGB Bayern fordert Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten

Mitteilung: DGB Bayern

Der DGB Bayern fordert von der bayerischen Staatsregierung die Übertragung des Tarifergebnisses für die Angestellten in den Ländern auf die bayerischen Beamtinnen und Beamten. „Die Staatsregierung versenkt die Landesbank-Milliarden und die Beamten sollen es ausbaden. So kann man mit seinen Beschäftigten nicht umspringen“, sagt Matthias Jena, Vorsitzender des DGB Bayern. „Auch die Beamten müssen am Aufschwung beteiligt und für ihre Leistung belohnt werden.“

In einem offenen Brief an Ministerpräsident Horst Seehofer schreibt Jena: „Die geplante Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten im Doppelhaushalt 2011/2012 ist nicht akzeptabel. Dies würde dazu führen, dass sich die Beamtinnen und Beamten erneut und mit Recht als die Hauptfinanciers des ausgeglichenen Haushalts fühlen.“

Schon vorab hat die Staatsregierung die Wiederbesetzungssperre von drei auf zwölf Monate angehoben. Nach den Plänen der Staatsregierung drohen den Beamten zudem u.a. die Absenkung der Fahrtkosten und Tagegelder sowie die Absenkung der Eingangsbesoldung für junge Beamtinnen und Beamte. Jena: „Besonders die geplante Absenkung der Eingangsbesoldung um eine Besoldungsgruppe diskreditiert die Nachwuchskräfte. Damit wird ihre Leistung ohne jeglichen sachlichen Grund geringer eingeschätzt.“

Jena betont die Bedeutung gut bezahlter und kompetenter Mitarbeiter für die Effizienz des öffentlichen Dienstes und weist auf die andauernde Diskrepanz der Einkommensentwicklung von Beamten und anderen Beschäftigten hin: „Der geplante ‚Dreiklang‘ von Nullrunde, Absenkung der Eingangsbesoldung und Wiederbesetzungssperre führt nicht nur zu deutlichen Verwerfungen für die Beamtinnen und Beamten, die nicht akzeptabel sind. Er wirkt sich auch negativ auf die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung aus und vergrößert den Abstand zur Einkommensentwicklung in der Wirtschaft. Das alles ist nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und kann auch nicht im Interesse der Staatsregierung und des Landtages sein.“

Die Tarifpartner hatten am 10. März für die Tarifbeschäftigten der Länder eine Anhebung der Einkommen in zwei Schritten um rund 2,3% und 2,55% bis 2012 vereinbart.

[Download: Offener Brief Jena an Seehofer](#)

Pressemitteilung v. 23.3.2011

DGB Bayern

www.bayern.dgb.de